

Unser 1. Mai!

Am 1. Mai 1886 begann in Chicago ein mehrtägiger Streik. Gefordert wurden die Reduzierung der täglichen Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden. Es ging um die Gesundheit, Bildung und Würde. Was uns heute selbstverständlich ist, wurde damals durch das Militär gewaltsam niedergeschlagen. Erst später wurde dann der 1. Mai durch den Internationalen Arbeiterkongress in Paris zum Kampftag der Arbeiterschaft erklärt. So sollte ein Zeichen gesetzt werden, dass die Arbeiterklasse alle Werte schafft und nicht den Profitinteressen des Kapitals unterlegen sein will.

Sich zu behaupten, war ein schwerer Weg für die Gewerkschaften. Wir kennen die Geschichte in Solingen. Auch unser Gewerkschaftshaus wurde 1933 von den Nazis besetzt, aus unabhängigen, starken Gewerkschaften wurde die „Deutsche Arbeitsfront“.

Gewerkschaftsfunktionäre landeten in Zuchthäusern oder KZs. Aber Gewerkschafter haben gelernt zu kämpfen: 1956 gelang in Schleswig-Holstein nach 16 Wochen erbittertem Streik erstmals die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durchzusetzen. Damit wurde ein wesentlicher Baustein für einen Sozialstaat geschaffen, wohlgerneht in hartem, zähem Kampf.

Sehr zum Beifall der Unternehmer wird heute wieder ein Schlag gegen alles geführt, was wir unter Sozial verstehen. So soll der 8-Stunden-Tag, der für die Gesundheit der Beschäftigten so wichtig ist, aufgeweicht werden. Ebenso geht es um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und um Einführung von Karenzzeiten, unbezahlte Tage nach Krankheitsbeginn. Die Beschäftigten werden als „faul“ diffamiert, das Recht auf Teilzeitarbeit wird in Frage gestellt – und vieles mehr. Um das Maß dann vollends voll zu machen, will die CDU den 1. Mai als Feiertag ganz abschaffen. Das wäre eine Demütigung aller Beschäftigten und muss entschieden bekämpft werden. Der 1. Mai muss ein Feiertag und ein Kampftag bleiben.

„Zeitenwende“ auf dem Rücken der Beschäftigten

Getrieben von Krise und der Wahnvorstellung, Deutschland müsste die stärkste Militärmacht in Europa sein, wird jetzt unser Land umgebaut und total militarisiert. Um das zu finanzieren, legen Merz, Klingbeil und Pistorius die Axt an alle sozialen Errungenschaften. Die arbeitenden Menschen, die Rentner, einfach alle blechen für Kanonen, Drohnen, für die Hochrüstung. So hat eine Arbeitsgruppe Vorschläge vorgelegt, wie bei Kindern, Jugendlichen und Menschen mit Behinderung schon mal Milliarden eingespart werden können. Zusätzlich will Frau Warken (CDU) 20 Milliarden einsparen bei den Versicherten.

Die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise, die allgemeine Teuerung, die schwächelnde Konjunktur – all das sind auch Folgen des außenpolitischen Kurses der Bundesrepublik. Statt auf Entspannungspolitik zu setzen, wird das internationale Klima weiter angeheizt und damit die Kriegsgefahr in unser Land gebracht. Wir wollen Frieden, auch mit Russland, dem Iran und allen Ländern. Diplomatie ist nötig und möglich. So hätten wir genügend Geld für Kultur und Bildung, Verkehrswende, für die Städte und Gemeinden, für Gesundheit und vieles mehr. Auch daran sollten wir am 1. Mai denken.



1. Mai 2026: Europa im Vorkriegszustand!

Stoppt die Brandstifter und Rüstungsprofiteure!

Wer noch Zweifel an der weiteren Zuspitzung der drohenden Kriegsgefahr hatte, wurde durch den Besuch des ukrainischen Regierungschefs Wolodimir Selensky in Berlin eines Besseren belehrt. Das Kanzleramt, in normalen Zeiten ein Ort der Diplomatie und der Diskussion, wurde kurzerhand zur Kriegsmesse umfunktioniert. Ausgestellt wurden, zur Begeisterung von Merz und Selensky, neue Kamikazi-, Aufklärungs- und Langstreckendrohnen von deutsch/ukrainischen Rüstungs-Start-Ups, die an der aktuellen Kriegsfront für Tod und Zerstörung sorgen sollen.

Der Tod-Ein Meister aus Deutschland!

Längst ist Deutschland zum größten Lieferanten für Kriegsgerät an die Ukraine geworden, gemeinsame Rüstungs-Joint-Ventures und die Verlagerung von großen Teilen der ukrainischen Kriegswaffenproduktion ins sichere deutsche Hinterland, sollen dies absichern. Damit ist Deutschland endgültig zum Kriegsteilnehmer geworden. Russische Regierungsvertreter warnen und erklären Rüstungsstandorte und Ausbildungszentren für ukrainische Soldaten in Deutschland, zum legitimen Ziel russischer Raketen. Flankiert wird die drohende Eskalation, durch eine massive Aufrüstung und Militarisierung in den europäischen Ländern, die Milliarden verschlingen. Von Entspannungspolitik und einer neuen Sicherheit in Europa, unter Einschluss der Interessen Russlands, ist keine Rede mehr.

Die Bürger sollen für Kriegskurs der Regierung bezahlen!

Während die Aufrüstungs- und Kriegsprofiteure in Champagnerlaune versinken, stehen die Zeichen an der deutschen Heimatfront auf Sozialabbau und Rotstiftpolitik. Geht es nach dem Willen der Regierung, stehen massive Kürzungen von Renten, Löhnen, in der Bildung und im Gesundheitswesen an. Der soziale „Klimbim“ hat ausgedient, wir müssen schließlich kriegstüchtig werden. Die von Scholz versprochene „Investitionsbazooka“ für Kommunen und Infrastruktur erweist sich als Luftbuchung, wie das Erscheinungsbild unserer Städte beweist. Hinzu kommen extreme Belastungen der Bürger durch Energie -und Lebensmittelpreiserhöhungen, ausgelöst durch einen erneuten, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Trumps auf den Iran. Statt finanzielle Soforthilfen für die Menschen aufzulegen, erleben sie leere Versprechungen und völlig unzureichende Maßnahmen, die preistreibenden Ölmultis bleiben weiter unangetastet.



Jetzt erst recht müssen wir in Solingen zusammenstehen gegen Hass und Hetze, für den Schutz einer offenen Gesellschaft, in der wir ohne Angst zusammen leben und feiern können.

1. Mai 2026: Europa im Vorkriegszustand!



Wenzelnberg

Engagieren für Frieden und soziale Sicherheit!

Die Menschen, auch in Solingen sind verunsichert. Die Kriegstrommeln schlagen immer lauter und das Leben wird durch Inflation und der Kürzung von Sozialleistungen zusätzlich erschwert. Die AfD, eine ihrem Programm und Wirken nach, unsoziale und arbeitnehmerfeindliche Partei, die für jeden Aufrüstungskurs, für Wehrpflicht und Auslandskriegseinsätze steht, profitiert mit rassistischen Lösungsversprechen von der Situation. Den Menschen, die sich diesen rechten Populisten zuwenden, sagen wir: Wer wirklich für Frieden und soziale Sicherheit ist, muss sich jetzt engagieren und für seine Rechte eintreten. Im Friedensforum Solingen, in den Gewerkschaften, in Initiativen gegen Rassismus und Nazis.

Die DKP Solingen fordert:

- Verhandlungen mit Russland und Entspannung statt Aufrüstung und Militarisierung
- Milliarden für Bildung, Gesundheit, Soziales statt für Kriegsvorbereitung
- Unterstützung der Kommunen statt Milliarden für Rheinmetall und Co.



Nein zur Wiedereinführung der Wehrpflicht!

„Deutschland hat, wie viele andere Länder auch, die Wehrpflicht nach dem Ende des Kalten Krieges ausgesetzt. Das war ein Fehler, die Zeiten haben sich geändert. Deutschland muss jetzt eine neue Form der Wehrpflicht einführen“ – Boris Pistorius

Was Bundesverteidigungs- (bzw. „Kriegtüchtigkeits“-)minister Pistorius mit „geänderten Zeiten“ beschönigt, bedeutet für Jugendliche und junge Menschen in Deutschland ein Leben in den für viele gefährlichsten Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg. Die überwältigende Mehrheit der Jugendlichen hat Angst vor Krieg, 81 Prozent gaben dies in der Shell Jugendstudie 2024 an. Statt auf Diplomatie und Kooperation zu setzen, wird immer mehr Geld in Aufrüstung gesteckt. Deutsche Waffen werden in Kriegs- und Krisengebiete geliefert. Sparmaßnahmen und Unterfinanzierung in den Bereichen Soziales, Bildung, Erziehung und Gesundheit bilden die andere Seite derselben Medaille.

Immer wieder hören wir aus der Politik und den Medien, es handele sich doch gar nicht um eine Wehrpflicht, sondern lediglich um eine verpflichtende Musterung. Dem steht nicht nur entgegen, dass der Gesetzgeber erst kürzlich mit dem Wehrdienstmodernisierungsgesetz auch vorbereitende Zwangselemente, wie eine Antragspflicht für alle wehrfähigen deutschen Männer im Alter zwischen 17 und 45 Jahren, welche einen länger als dreimonatigen Auslandsaufenthalt planen, eingesetzt hat. Auch haben Pistorius & Co. stets betont, dass – sollten sich nicht genug Freiwillige für den Dienst an der Waffe finden –

ein verpflichtender Wehrdienst wiedereingeführt werden müsse. Alles unter dem Deckmantel einer angeblich erforderlichen Verteidigung gegen einen vermeintlich drohenden russischen Angriffskrieg auf Deutschland und andere NATO-Staaten.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht bedeutet für Jugendliche, dass sie gezwungen werden, ihre individuelle Lebensgestaltung einzuschränken, um Befehle zu befolgen. An der Waffe ausgebildet, um im Ernstfall ihr Leben im Krieg zu riskieren und andere Menschen zu töten.

Auch Ersatzdienste zur Wehrpflicht bedeuten eine Einschränkung der Selbstbestimmung Jugendlicher, und das bei geringer Vergütung und ohne, dass damit die Unterbesetzung mit ausgebildeten Fachkräften im sozialen und Gesundheitsbereich gelöst werden würde. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist ein weiterer Schritt hin zu Kriegsvorbereitung. Wir wollen in einer Welt leben, in der Jugendliche sich frei entfalten können, statt auf andere Menschen schießen zu lernen. Dazu braucht es eine Politik, die auf Frieden, Deeskalation und Abrüstung setzt.

Wir sagen: Nein zur Wehrpflicht! Gegen die Wiedereinführung aller Zwangsdienste! Weg mit dem Gesetz zur Modernisierung wehrersatzrechtlicher Vorschriften und zur Einführung eines neuen Wehrdienstes!



Am 08.05.2026 heißt es für uns auch in Solingen wieder: Hinaus auf die Straße zur Unterstützung des bundesweiten Schulstreiks gegen die Wiedereinführung

Wohnen in Solingen

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt in Solingen ist angespannt. Wer eine preisgünstige Wohnung sucht, muss lange warten. Besonders für junge Familien ist es schwer, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Das vollmundige Versprechen der Bundesregierungen pro Jahr 400.000 Wohnungen zu schaffen wurde bisher noch nicht einmal zur Hälfte erfüllt. Wenn es Neubauten gibt, sind es in erster Linie Luxuswohnungen, die sich eine normale Familie leisten kann. Es sind nicht nur die hohen Baukosten, die den Neubau ausgrenzen. Trotz staatlicher Förderung, die zu gering ist, nimmt der Anteil der Sozialwohnungen stetig ab. Grund dafür ist das Auslaufen der Bindungsfristen und der geringe Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen. Auch sind die Einkommensgrenzen zum Bezug einer solchen Wohnung zu gering und hinken hinter den Lohnsteigerungen hinterher. Es wird damit argumentiert, dass für die Wohnungsbauförderung nicht mehr Geld zur Verfügung steht. Aber für die Aufrüstung und Schaffung der „Kriegstüchtigkeit“ stehen unbegrenzt Gelder zur Verfügung. Hier ist eine Umsteuerung dringend notwendig.

Vielfach wird darüber geklagt, dass in den großen Wohnungen nur noch ein bis zwei Personen leben und für junge Familien kein Platz ist. Das hängt damit zusammen, dass ein Umzug in eine kleinere Wohnung neben den Umzugskosten oft zu einer gleich hohen bzw. noch höheren Miete führt. Die bisherige Ausgestaltung der Mietpreisbremse hat nicht zu einer Senkung der Mieten geführt, da es für die Vermieter viel zu viele Ausnahmen und Umgehungsmöglichkeiten gibt. Es sind ja nicht nur die Kaltmieten, sondern auch die Nebenkosten steigen Jahr für Jahr.

Einige Politiker und Parteien in Solingen sehen eine Lösung des Wohnungsproblems in der Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft. Doch bis so eine Gesellschaft die ersten Wohnungen zur Verfügung stellen kann, dauert es Jahre. Es fehlt das entsprechende Fachpersonal und die finanzielle Ausstattung. Wie es den städtischen Wohnungen ergehen kann, haben wir vor Jahren erlebt, als der Wohnungsbestand zur Konsolidierung des Haushaltes verscherbelt wurde.

Was vorhanden ist, sind besonders in Solingen die Wohnungsgenossenschaften, die bereits einen großen Wohnungsbestand haben. Hier sollte die Stadt ansetzen und durch gezielte Förderung den Wohnungsbau ankurbeln. Das fängt bei der zur Verfügungstellung von preisgünstigem Baugrund (evtl. in Erbpacht) und mit der Unterstützung bei der Finanzierung der Baukosten.

Aber auch die Wohnungsgenossenschaften könnten mehr Wohnraum vermieten, wenn sie die Leerstände zügig abbauen würden. So war im Solinger Tageblatt vor einiger Zeit zu lesen, dass Wohnraum teilweise über Jahre leer steht, weil man sich über die Weitervermietung nicht im Klaren war.



Erfolgsmodell Genossenschaften



Weitere Informationen: www.dkp-solingen.de

E-Mail: dkp-solingen@web.de

V.i.S.d.P.: Inge Krämer, Werwolf 5, 42651 Solingen



Hitze, Starkregen, immer weniger Pflanzen und Tiere (wer bestäubt Bäume und Sträucher?), Erwärmung der Erde und der Meere, alles das und noch viel mehr sind Folgen der Eingriffe der Menschen in die Naturabläufe. Unser Gesellschaftssystem, der Kapitalismus, geht nicht auf solidarisches Miteinander, auf Leben des Menschen im Einklang mit der Natur, zu der der Mensch ja auch gehört. Alles dreht sich alles um Leistung, Profit, Wachstum, Eigennutz, Konsum. Alles wird zur Ware, wie Karl Marx und Friedrich Engels 1848 schon geschrieben haben.

Und die Zerstörung der Natur zwecks Erreichung kurzfristiger Ziele geht voll weiter. Auch vor unserer Haustüre. Einige meinen, da wir schon so viele Arbeitsplätze verloren haben, müssten neue her, und das ohne Rücksicht auf die Natur, auf der Grünen Wiese. So gibt es immer noch Planungen, die Gebiete Buschfeld, Keusenhof, Fürkeltrath II, Piepersberg II und Schrodberg bei Bebauung freizugeben.

Wahnsinn! Solingen gibt damit nicht nur ein wichtiger Teil der Naherholungsfunktion auf, die ein Markenzeichen unserer Stadt ist. Diese noch freien Flächen helfen mit, dass Frischluftzufuhr zirkuliert und damit die Gefahr der weiteren Erhitzung der Stadt gemindert wird. Das ist lebensnotwendig für uns alle. Und damit ist nicht zu spaßen.

Zurecht weisen die Klimaaktivistinnen und Aktivisten auf diesen Zusammenhang hin und warnen davor, diese Gebiete zuzubetonieren. Das hätte ernste Folgen für Umwelt und das Leben in unserer Stadt.

Dass die Solinger SPD jetzt auch für die Bebauung von Grünflächen ist, lässt Böses ahnen. Gehen alle Anstrengungen für die Erhaltung der Grünflächen verloren? Nein, es werden immer mehr, die den Schuss gehört haben: Es geht ums Überleben – und werden aktiv.

Die SPD sollte sich nicht wundern, warum immer mehr Menschen ihnen immer weniger glauben. Mit ihrer Entscheidung zu den Gewerbegebieten jedenfalls haben sie sich wieder ins eigenen Knie geschossen. Aber all diejenigen, denen die lebenswerte Natur und unsere schöne Umwelt am Herzen liegt, die die Gefahren erkannt haben, sind weiterhin aktiv und zahlreich. Das macht Mut!

Wir bleiben dabei: Brachflächen bebauen statt Grüne Wiese, zubetonieren stoppen, Leben erhalten.

Wir erinnern an Richard Scheringer, der vor 40 Jahren gestorben ist.

RICHARD SCHERINGER

Das große Los

Dieser Richard Scheringer, an den wir heute erinnern, war Bauer vom Dürrnhof, aber weit über die Grenzen seines Heimatdorfes bekannt.

Den Dürrnhof findet man bei Kösching in Südbayern. Viel zu seinem Leben finden wir im Klappentext zu seiner Autobiographie, die unter dem Titel „Das große Los – unter Soldaten, Bauern und Rebellen“ im Rowohlt-Verlag erschienen ist.

„Schon in früher Jugend im kaiserlichen Deutschland, in Berlin und Rastatt, war für Richard Scheringer das Ungewöhnliche das Typische. Während der Kriegs- und Besatzungszeit und der Separatistenkämpfe fühlt der sich zur Teilnahme am aktuellen Geschehen, zu Protest gegen alle Lauheit und Indifferenz aufgerufen und wird schon als fünfzehnjähriger zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Wir finden ihn wieder bei der „Schwarzen Reichswehr“, beim Küstriner Putsch und endlich unter den Generalen von Seeckt und Heyne als Leutnant beim Hunderttausend-Mann-Heer, wo er so aufrührerisch tätig ist, dass er im Ulmer Reichswehrprozess vor den Schranken des Reichsgerichts steht. In der Haft findet er die Entschlusskraft, sich gegen den Strom der aufbrandenden Flut des Nationalsozialismus zu stemmen. Der geschasste nationalistische Leutnant bietet Hitler und seinen Trabanten die Stirn ...“.

Die radikale Kehrtwende des jungen Reichswehroffiziers zur Kommunistischen Partei führte 1931 zum Skandal und machte ihn reichsweit bekannt. Nach 1933, während des Faschismus, war er Teil des Widerstands. Auf seinem Bauernhof in Südbayern unterstützte er Antifaschisten wie die Geschwister Scholl und deren Familie. Nach 1945 arbeitete er zunächst als Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium und wurde in die Verfassunggebende Landesversammlung Bayerns berufen. Doch bald brachte dem legendären Landwirt und Stadtrat in Kösching sein standfestes Engagement für die Wiedervereinigung Deutschlands, für die 1956 verbotene KPD und die 1968 gegründete DKP weitere Strafverfolgung ein.

Sein außergewöhnlicher Lebensweg ist in seiner Biografie packend dargestellt. Legen wir das Buch dann gelesen zu Seite, sind wir voller Sympathie für Richard, seine Frau Marianne und die Scheringer-Kinder. Und wir haben viel erfahren und vieles daraus gelernt.



Richard Scheringer

Heraus zum 1. Mai! Wohnen statt Drohnen

Unsere Freunde der KPÖ in Graz haben uns diesen Text geschickt. Sie erinnern an W.I. Lenin, der vor wenigen Tagen seinen 156. Geburtstag hätte feiern können.

Heute hätte Wladimir Iljitsch Uljanov, besser bekannt als Lenin, seinen 156. Geburtstag gefeiert. In der antikommunistischen Öffentlichkeit ein rotes Tuch, für die Unterdrückten der Erde lange der verkörperte Beweis, dass nichts bleiben muss, wie es ist

Als einer der bedeutendsten Theoretiker des Marxismus, als Revolutionär im Kampf gegen imperialistische Kriege, Ausbeutung und Unterdrückung und nicht zuletzt als Mitbegründer der sozialistischen Sowjetunion, ging Lenin in die Geschichte ein. Auch viele Jahrzehnte nach seinem frühen Tod sind imperialistische Kriege, Umweltzerstörung und Ausbeutung noch immer allgegenwärtig. Lenins Lebenswerk hat in Theorie und Praxis nichts an Aktualität eingebüßt.

Lebendiges Denken statt toter Theorie

Es gehört zu den dümmsten Vorurteilen des bürgerlichen Antikommunismus, Lenin habe sein Denken als unabänderliche Lehrsätze verstanden. Die Lebendigkeit des Denkens Lenins kommt gerade daher, dass sie sich gegen apodiktische Formeln verwehrt hat: "Jede abstrakte Wahrheit wird zur hohlen Phrase, wenn sie für *jede* konkrete Situation gilt".

Wer zum Beispiel die kriegerischen Verwerfungen des Spätkapitalismus verstehen will, die wir heute auf der ganzen Welt sehen, wird an Lenins Imperialismustheorie eine große Hilfe finden. Nicht als tote Theorie, sondern als anschauliches Beispiel, wie aus den grundlegenden Widersprüchen des Kapitalismus in Verbindung mit der konkreten Situation des Weltmarktes lebendige marxistische Begriffe erarbeitet werden.



Lenin als Politiker und Organisator

Das machte auch seine Stärke als real wirksamer Marxist aus. Die Erkenntnis der allgemeinen Grundtendenz der Geschichte in der konkreten Lage sowie das daraus gewonnene Verständnis der konkreten Kräfteverhältnisse und Möglichkeitsräume machten ihn wahrscheinlich zum wirkmächtigsten Realpolitiker des Marxismus. Dazu gehörte auch seine Geduld darüber, dass sich soziale Praxis nicht theoretisch abkürzen lässt. "Es ist unbestreitbar, daß „jeder Streik die Hydra der sozialen Revolution verbirgt“. Aber es ist Unsinn, zu denken, daß wir direkt von einem Streik zur Revolution schreiten können."

Gleichzeitig war seine theoretische wie politische Reflexion immer auf den Bruch mit der Herrschaft ausgerichtet. In seinen organisatorischen Überlegungen spielten die Möglichkeitsräume sowie die Praxis der Arbeiter:innenbewegung immer die erste Geige. So wirkte er je nach historischer Situation auf neue Formen der Organisation hin und zögerte nicht, seine eigenen Feststellungen nach wenigen Jahren als überholt zu bezeichnen.

Lenin als Inspiration

So albern die Zerrbilder des Antikommunismus über Lenin sind, sowenig ist unser Bezug zu Lenin kultische Verehrung. Sich an Lenin zu erinnern heißt, seinen politischen Appell zu erinnern und den Aufbau der klassenkämpferischen Bewegung und der Kommunistischen Partei im Hier und Heute voranzutreiben.

Dabei ist die Haltung Lenins als Marxist und Revolutionär auch heute noch wichtig: Um den Kapitalismus in Frage stellen zu können, muss man seine Funktionsweise und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis immer wieder analysieren, man muss eine politische Bewegung in Gang bringen, die diesen Kräfteverhältnissen gewachsen ist – und man muss zur richtigen Zeit das Richtige tun.